DPZ – Die Polizei-Zeitschrift Baden-Württemberg – Ausgabe 2-2026

Titelthema: Uniform 2.0

Impressum:
Die Polizei-Zeitschrift Baden-Württemberg – DPZ
ISSN 0174-5999

Herausgeber:
Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen Baden-Württemberg
Willy-Brandt-Str. 41
70173 Stuttgart

Redaktion:
Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen Baden-Württemberg
Landespolizeipräsidium, Stabsstelle Öffentlichkeitsarbeit der Polizei und Koordinierung
Zentralstelle Soziale Medien
Tel.: (0711) 231-5396
lpp.oe.dpz@im.bwl.de

Inhalt

Editorial 4
Titelthema 6
Uniform 2.0 – Baden-württembergische Polizeiuniform wird modernisiert 6
Meine Polizei 10
Das SAT BW – Interview 10
Wir wollen Ihr Foto aus dem Polizeialltag – Und die Geschichte dahinter 18
Digitalisierung des Ein- und Ausreisestempels im Reisepass – Das neue Entry/Exit-System (EES) 19
Fast 1.300 Absolventinnen und Absolventen treten in Polizeipraxis ein 22
Archive, Akten, Anekdoten - „Polizeigeschichte(n) zwischen Rhein und Neckar“ dokumentiert Entwicklung der Polizei über mehr als 200 Jahre 23
Bambi-Bucket im Einsatz – Zollernalbkreis und Polizei-Hubschrauberstaffel trainieren gemeinsam 26
Recht aktuell 28
Aktuelle Rechtsprechung zur Körperverletzung im Amt nach § 340 StGB 28
Aus dem Landespolizeipräsidium 31
Sicherheit im Baden-Württemberg – Neue Website sicher-bw.de präsentiert Zahlen, Daten und Fakten zur Sicherheitslage transparent und bürgernah 31
Rund 1.150 neue Fahrzeuge für den Fuhrpark der Polizei Baden-Württemberg .. 33
Modern, realitätsnah und flexibel – Polizei führt Laser Schießtrainingssystem ein 35
Personalveränderungen im Führungsbereich 38
Verkehr 42

„Verkehrssicherheitsarbeit ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe – ganzheitlich denken und gemeinsam handeln“ – Zweite Verkehrssicherheitskonferenz und Verleihung des Verkehrspräventionspreises 42
Sport 45
Spitzensportlerin und Spitzensportler feiern in der Leichtathletik und im Ringen Erfolge 45
110RealTalk – Der Podcast der Polizei Baden-Württemberg 46
Jetzt die neuesten Folgen auf Spotify oder YouTube streamen! 46

Editorial

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

als die Uniform der Polizei noch aus gelben Hemden, braunen Hosen und grünen Jacken bestand, wurde rund um die 2000er-Jahre als Alternative zur Bundfaltenhose die Jeans als offizielles Bekleidungsteil eingeführt. Diese Entscheidung sorgte für einige Diskussionen in der Polizei, aber auch darüber hinaus. Die einen lobten die Funktionalität und Strapazierfähigkeit der Jeans im Einsatz, das einfache Waschen und Bügeln. Die andere Seite kritisierte das Kleidungsstück als zu lässig und zu wenig formell. Negative Auswirkungen auf das Ansehen und den Respekt gegenüber Polizeikräften wurden befürchtet. An der Jeans als Einsatzhose schieden sich tatsächlich bis zuletzt die Geister.

Mit der Einführung der blauen Polizeiuniform im Jahr 2011 war die Debatte schnell beendet. Blaue Farbtöne, hochwertige Stoffe, funktional und dennoch ausreichend förmlich. Alles war gut. Aber natürlich geht es immer auch besser und in der Textil- und Bekleidungstechnik hat sich in den letzten Jahren vieles getan.

Ich bin mir sicher, dass die nun neu entwickelten Uniformteile keine Diskussionen auslösen werden, wie es damals bei der Jeans der Fall war. Mich haben Einsatzanzug oder auch Poloshirt gleich überzeugt und ich freue mich auf den Rollout. In dieser Ausgabe der DPZ wollen wir diese Vorfreude auf die Uniform 2.0 steigern und bieten einen Überblick über Funktionalität und Schutz.

Außerdem geben wir in einem großen Interview Einblicke in die spannende Arbeit unseres Staatsschutz- und Anti-Terrorismuszentrums. Das SAT BW hat im vergangenen Jahr seinen Betrieb aufgenommen.

Weitere Beiträge beschäftigen sich unter anderem mit der neuen Website „sicher-bw.de“, die mit einem KI-Chatbot individuelle Fragen zur Sicherheit in Baden-Württemberg beantwortet. Auch zur Einführung der Digitalisierung des Ein- und Ausreisestempels für Reisepässe können wir in dieser Ausgabe nützliche Informationen liefern. Zum Thema Einsatztraining empfehle ich den Artikel zur Einführung des lasergestützten Schießtrainings.

Dann mal los, blättern Sie rein in die neue DPZ! Viel Spaß beim Lesen.

Ihr Raphael Fiedler

DPZ-Redaktion

Titelthema

Uniform 2.0 – Baden-württembergische Polizeiuniform wird modernisiert

Funktionale Stoffe, schnitthemmende Elemente, überarbeiteter Schnitt – die Uniform der Polizei Baden-Württemberg wird modernisiert. Inzwischen ist das entsprechende Projekt fast finalisiert, erste Teile wurden ausgeliefert. Doch wie erfolgten die Vorarbeiten sowie die Umsetzung? Wann ist der weitere Rollout geplant? Und vor allem: Wie sieht die Uniform 2.0 aus und welche Vorteile bietet sie Kolleginnen und Kollegen im Einsatz? – Wir geben einen Überblick.

Die Anfangsphase

Bereits seit 2011 wird bei der Polizei Baden-Württemberg Blau getragen. Mit der damaligen Ablösung der grünen Uniform ging eine umfangreiche Neugestaltung und Modernisierung einher. Nach rund 15 Jahren war es nun an der Zeit für eine Fortentwicklung der blauen baden-württembergischen Polizeiuniform.

Am Anfang stand eine Marksichtungsphase, in der unter anderem auch die Erfahrungen anderer Landespolizeien und der Bundespolizei erhoben wurden. Im Anschluss erstellten die Verantwortlichen ein Umsetzungskonzept für die Polizei-uniform 2.0 und stellten das Vorhaben in verschiedenen polizeilichen Gremien vor. Der offizielle Startschuss fiel mit der Zustimmung des damaligen Stv. Ministerpräsidenten und Innenministers Thomas Strobl sowie Landespolizeipräsidentin Dr. Stefanie Hinz im Sommer 2023.

Neben ganz neuen Uniformteilen, die es so in Baden-Württemberg bisher nicht gab, geht mit der Fortentwicklung auch eine Optimierung bestehender Teile einher. Das bewährte Design der Polizei Baden-Württemberg bleibt dabei erhalten.

Wozu schnitthemmende Elemente?

Die Fallzahlen bei der Gewalt gegen Polizeibeamte sind seit Jahren auf einem hohen Niveau. Um Kolleginnen und Kollegen noch besser vor Messerangriffen zu schützen, war eines der Hauptziele daher die Integration schnitthemmender Elemente in die fortentwickelte Uniform. Hierfür erfolgte im Vorfeld eine Abstimmung mit dem Polizeiärztlichen Dienst, der koordinierenden Fachkraft für Arbeitssicherheit und dem Logistikzentrum Baden-Württemberg (LZBW). Neben der Platzierung der

schnitthemmenden Elemente wurde dabei auch die Balance zwischen Funktionalität, Tragekomfort und Schutzklasse betrachtet.

Wie wurde die Praxistauglichkeit erprobt?

Vom Projektstart an flossen die Erfahrungen und Bedarfe der Kolleginnen und Kollegen aus dem operativen Bereich ein. So testeten Angehörige des Streifendienstes vor der Beauftragung bzw. der Zuschlagserteilung an die Hersteller alle Modelle im Rahmen mehrwöchiger Tragetests auf Herz und Nieren. Als Pilotdienststelle fungierte das Polizeipräsidium Reutlingen – damit war die Praxis von Beginn an mit im Boot.

Ihre Erfahrungen dokumentierten die Kolleginnen und Kollegen ausführlich in schriftlicher Form. In der Folge wertete das LZBW als Lieferant für Dienstbekleidung der Polizei Baden- Württemberg die Fragebögen aus und berücksichtigte die Rückmeldungen bei der weiteren Umsetzung bzw. bei den Auftragsgesprächen mit den Herstellern. Das Feedback aus der Praxis war dabei überwiegend sehr positiv.

Die neuen Uniformteile im Überblick

Nach einer aufwändigen Planungs- und Umsetzungsphase sind inzwischen die ersten neuen und überarbeiteten Uniformteile bei ihren Trägern angekommen. Wir stellen sie inklusive ihrer Optimierungen und Neuerungen im Detail vor:

Neue Softshelljacke

- Taillierterer Schnitt
- Elastische Elemente im Schulter- und Armbereich
- Unterschiedliche Stoffdicken an Körper und Armen
- Keine Knopfleiste und keine Taschen im Körper-bereich mehr
- Wird nun unter der Schutzweste getragen
- Schnitthemmende Elemente
- Ärmeltaschen links und rechts, zum Beispiel für das Smartphone

Cargohose

- Funktioneller Stoff mit Elastananteil
- Verstärkter Kniebereich
- Lüftungsöffnungen mit Reißverschluss an den Knien

- Schnitthemmende Elemente
- Ganzjahresmodell (kann bei kalter Witterung mit neu eingeführter Funktionsunterwäsche mit hohem Merinowollanteil kombiniert werden)

Langarmshirt

- Schließt Lücke zwischen Kurzarmhemd bzw. neuem Poloshirt und Strickjacke
- Leichter, atmungsaktiver Stoff mit Elastananteil im Körperbereich
- Stoff im Armbereich robuster und wasserabweisend
- Ärmeltaschen links und rechts
- Schnitthemmende Elemente

Poloshirt

- Aus funktionellem Stoff
- Kann ohne Unterhemd anstelle des Kurzarmhemds getragen werden

Einsatzanzug

Die Auslieferung des neuen Einsatzanzugs an die geschlossenen Einheiten des Polizeipräsidium Einsatz ist im März diesen Jahres bereits erfolgt. Auch er verfügt über einen funktionalen Stoff sowie schnitthemmende Elemente.

Rolloutkonzept und weiteres Vorgehen

Im Zuge des Rollouts erhalten operative Einsatzkräfte, Polizeihundeführerinnen und Polizeihundeführer sowie Kolleginnen und Kollegen in Ausbildung rechtzeitig vor Beginn ihrer Praxisphase bzw. vor dem Ende ihrer Ausbildung folgende Teile aus zentralen Mitteln:

- eine neue Softshelljacke
- ein Langarmshirt
- drei Poloshirts

Folgende Uniformteile können ausschließlich über das persönliche Bekleidungskonto – zunächst noch in limitierter Anzahl – im LZBW-Shop bezogen werden:

- Cargohose
- Neue Funktionsunterwäsche
- Weitere Poloshirts
- Weitere Langarmshirts

- Weitere Softshelljacke

(letzte drei je zusätzlich zur oben genannten Erstausstattung)

Da es für die Hersteller nicht möglich ist, alle neuen Uniformteile auf einmal zu liefern, werden beim LZBW zunächst Lagerbestände aufgebaut und der Rollout wird zeitlich gestaffelt gestartet. So erfolgt die Auslieferung des Poloshirts beginnend im Juni, das Langarmshirt wird voraussichtlich ab dem dritten Quartal und die Softshelljacke ab dem dritten oder vierten Quartal 2026 ausgerollt.

Fazit

Mit den neuen Uniformteilen haben die Kolleginnen und Kollegen nicht nur mehr Schutz bei Messerangriffen, sondern ebenso einen höheren Tragekomfort – gerade auch bei sommerlichen oder winterlichen Temperaturen.

Wer sich jetzt fragt, ob er zu den operativen Einsatzkräften gehört, kann einfach die Kleidergeld-Gutschrift prüfen. Diese beläuft sich für operative Kräfte auf 340 Euro.

Landespolizeipräsidentin Dr. Stefanie Hinz sagt dazu: „Bei der Entwicklung der neuen Uniformteile war uns sehr wichtig, dass wir die Anforderungen und Wünsche unserer operativen Einsatzkräfte berücksichtigen. Daher haben wir Kolleginnen und Kollegen von Beginn an in die Entscheidungen eingebunden und Trageversuche durchgeführt. Das Ergebnis kann sich sehen lassen. Die Kleidungsstücke sind modern, funktional und bieten einen besseren Schutz. Ich danke allen, die die Umsetzung ermöglicht und sich mit ihren Ideen und ihrem Wissen aus der Praxis eingebracht haben.“

Hauptziele der Uniform 2.0:

- Integration schnitthemmender Elemente
- Optimierte Funktionalität
- Schutz vor Kälte und Wärme
- Hoher Tragekomfort
- Verbesserter Zugriff auf Führungs- und Einsatzmittel

Weitere Details zu den geplanten Belieferungsreihenfolgen und -zielgruppen sowie zu den schnitt-hemmenden Elementen finden sich im Intranet unter „LPP-Blog – Blaue Uniform 2.0“.

Meine Polizei

Das SAT BW – Interview

Staatsschutz und Terrorismusbekämpfung – eine interdisziplinäre Aufgabe

Seit Anfang 2025 hat das Staatsschutz- und Anti-Terrorismuszentrum Baden-Württemberg, kurz SAT BW, schrittweise seinen Wirkbetrieb aufgenommen. Unter einem Dach vereint es seither gleich mehrere Akteure und Aufgaben. Wir haben mit dem Leiter Andreas Taube und Katharina Dimmroth, Mitarbeiterin in der Internet-Monitoring-Einheit, gesprochen.

Herr Taube, das SAT BW wurde als zentrale Struktur zur Bekämpfung Politisch motivierter Kriminalität und zur Stärkung der behördenübergreifenden Zusammenarbeit eingerichtet. Welche konkrete Funktion übernimmt es inner-halb der Sicherheitsarchitektur Baden-Württembergs – und worin unterscheidet es sich von der vorherigen Struktur?

Das SAT BW ist die klare Antwort auf eine veränderte Sicherheitslage. Insbesondere die Bedrohung durch islamistischen Terrorismus hat sich in den vergangenen Jahren spürbar verschärft – auch in Baden-Württemberg. Die Ermordung von Rouven Laur sorgte außerdem für einen tiefen Einschnitt in unsere Polizeiorganisation. All das hat maßgeblich dazu beigetragen, dass die Landesregierung im Jahr 2024 ein umfassendes Sicherheitspaket auf den Weg gebracht hat. Ein zentraler Bestandteil dieses Pakets war die Einrichtung des SAT BW unter dem Dach des LKA. Damit war der politische Auftrag an uns klar definiert.

Unmittelbar im Anschluss haben wir im Team mit der operativen Umsetzung begonnen. Unser Ziel war es, eine zentrale Austausch- und Kooperationsplattform der baden-württembergischen Sicherheitsbehörden zu entwickeln. Polizei, Verfassungsschutz, Staatsanwaltschaft und der Sonderstab gefährliche Ausländer sollten alle unter einem Dach zusammenarbeiten.

Der entscheidende Unterschied zur früheren Struktur liegt genau in dieser engen Vernetzung: Mit dem SAT BW bringen wir alle relevanten Akteure an einen Tisch. Dadurch können Sachverhalte deutlich schneller bewertet und Entscheidungen effizienter getroffen werden. Die Struktur wurde zusätzlich um eine Internet-Monitoring-Einheit erweitert. Das konex und die Task Force gegen Hass und Hetze

wurden außerdem organisatorisch in das SAT BW integriert und der Staatsschutz im LKA personell erheblich verstärkt.

Mit den neuen Strukturen des SAT BW erhöhen wir unsere Geschwindigkeit und Effizienz bei der Bekämpfung der Politisch motivierten Kriminalität spürbar. Gleichzeitig nehmen wir verstärkt den digitalen Raum in den Fokus, der an Bedeutung bei Radikalisierungen gewinnt – gerade bei einer sehr jungen Zielgruppe. Durch die Integration der SAFE (Anmerkung der Redaktion: Staatsschutz Analyse- und Forschungseinheit) in das SAT BW stellen wir die bestmögliche Verzahnung von wissenschaftlicher Expertise und polizeilicher Ermittlungsarbeit sicher.

Mit welchen Erwartungen ist das SAT BW gestartet – und inwieweit haben sich diese aus Ihrer Sicht erfüllt? Gab es Prozesse und Strukturen, die Sie nach ersten Praxis-erfahrungen angepasst haben?

Ich möchte voranstellen, dass wir bei der Bekämpfung von Politisch motivierter Kriminalität bereits vor dem SAT BW in Baden-Württemberg gut aufgestellt waren. Dennoch haben sich unsere Erwartungen, die wir an das SAT BW hatten, mehr als erfüllt. Wir sind mit dem klaren Anspruch gestartet: Wir wollen Sachverhalte künftig noch schneller bewerten und dabei vor allem ganzheitlicher betrachten. Dafür hatte ich von Beginn an tolle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die das mit mir zusammen umgesetzt haben.

Inzwischen hatten wir schon viele Feuerproben, bei denen sich die Struktur bewährt hat. Die allererste große war die BAO Planke in Mannheim – als ein Täter mit dem Auto durch die Innenstadt fuhr und dabei zwei Passanten tötete. Diese Lage haben wir erstmals in unserer neuen Struktur bearbeitet. Es knirscht natürlich in einer Großlage am Anfang immer ein wenig. Man zieht ja viele Mitarbeitende zusammen, nimmt sie aus ihrem Alltag heraus. Aber wir konnten den Fall professionell und schnell bearbeiten, ohne großartig Strukturen anpassen zu müssen.

Frau Dimmroth, Sie sind als externe Expertin vor Kurzem zum SAT BW gekommen. Können Sie uns kurz Ihren beruflichen Hintergrund schildern? Wieso haben Sie sich für eine Tätigkeit hier entschieden?

Gerne. Ich bin Politikwissenschaftlerin und war eine ganze Zeit in der Analyse deutscher Außenpolitik an einer Universität und in der Forschung tätig. Die letzten fünf Jahre habe ich dann hauptsächlich in der Extremismusbekämpfung und -analyse

gearbeitet. Der Staatsschutz ist vor diesem Hintergrund ein Thema, das mir unglaublich am Herzen liegt. Die politischen Trends und die Entwicklungen, die wir gesellschaftlich durchmachen, spiegeln sich in diesem Themenbereich wie in kaum einem anderen. Deshalb habe ich mich auch sehr gefreut, dass es geklappt hat.

Mit dem SAT BW wurde auch eine Internet- Monitoring-Einheit neu aufgebaut, in der Sie nun arbeiten. Welche Rolle nimmt sie innerhalb des Gesamtgefüges ein und was sind aus Ihrer Sicht die Erfolgsfaktoren für ein effektives Internet-Monitoring?

Meine Kolleginnen und Kollegen und ich recherchieren in öffentlich zugänglichen Quellen des Internets – sogenannte Open Source Intelligence (OSINT). Das ist ein unglaublich dynamisches Feld, das sich ständig wandelt. Es ändern sich die Zugangsmöglichkeiten, das Nutzungsverhalten oder ganze Plattformen. Zudem müssen wir die Trends miterfassen, die sich im jeweiligen Bereich der Politisch motivierten Kriminalität abspielen. Nur so können wir die erhobenen Informationen im nächsten Schritt überhaupt für die Ermittlerinnen und Ermittler einordnen.

Im Grunde verstehen wir uns vor allen Dingen als digitale Service-Dienstleister. Unser Ziel ist es, dass wir unsere Kolleginnen und Kollegen aus dem Ermittlungsbereich möglichst zeitnah mit fundierten Ergebnissen aus Internet-Recherchen versorgen. Und dass wir diese auch schon auf einer phänomenologischen Ebene einordnen. Das ist der Grund, weshalb im Bereich Internet-Monitoring auch Islam- und Politikwissenschaftler eingestellt wurden.

Es bedarf im Internet-Monitoring also einerseits einer hohen Expertise in der Informationserhebung sowie andererseits fundierter Kenntnisse im Bereich der Politisch motivierten Kriminalität.

Die Herausforderung besteht darin, aus einer sehr großen Datenmenge die relevanten Informationen herauszufiltern. Dafür ist eine enge Abstimmung mit den Kolleginnen und Kollegen aus dem Ermittlungsbereich und eine konsequente Orientierung am Rechercheziel erforderlich. Das ist gerade unter Zeitdruck von zentraler Bedeutung.

Es ist schon mehrfach angeklungen: Die Arbeit im SAT BW ist dynamisch und interdisziplinär, Vernetzung spielt eine wichtige Rolle. Da stellt man sich vor, dass bei Ihnen als Leiter, Herr Taube, ein Meeting das andere jagt. Ist das so – oder anders gefragt: Wie sieht ihr typischer Arbeitstag aus?

Trotz aller Strukturen, die ich beschrieben habe, gibt es den typischen Arbeitstag in dem Sinne nicht. Wir sind einfach getrieben von den operativen Lagen, die ab einer bestimmten Größe in unseren Zuständigkeitsbereich fallen. Da bin ich dann beispielsweise auch ad hoc als Leiter der Sonderkommission Anschlag im LKA gefragt.

Darüber hinaus spielt auch der Austausch auf nationaler und internationaler Ebene eine wichtige Rolle. Wir bewegen uns in Deutschland, im europäischen Kontext und wenn es notwendig ist auch weltweit – beispielsweise über unser FBI-Netzwerk. Diese Vernetzung ist gerade im Staatsschutz sehr intensiv, weil die Täter ebenfalls nicht nur lokal agieren und auch das bindet dementsprechend einen Teil meiner Arbeitszeit.

Die Vernetzung mit anderen Sicherheitsbehörden und Partnern ist auch deshalb ganz wichtig, um mit neuen Phänomenen Schritt halten zu können. Konkret denke ich dabei etwa an die Themen Hybride Bedrohungen oder die Zivile Verteidigung bzw. Zivilmilitärische Zusammenarbeit, zu der wir selbstverständlich auch im engen Austausch mit der Bundeswehr stehen.

Lassen Sie uns noch konkreter darüber sprechen, wie die Zusammenarbeit mit den verschiedenen beteiligten Stellen aussieht. Können Sie das genauer darstellen?

Gerne. Ich bemühe nochmal das Bild der zentralen Austausch- und Kooperationsplattform zur Bekämpfung Politisch motivierter Kriminalität: Wir haben unter deren Dach verschiedene Akteure vereint. Dazu gehört der Sonderstab gefährliche Ausländer – die verrichten teilweise ihren Dienst bei uns, also sitzen hier im Haus. Wir haben außerdem einen ständigen Vertreter vom Landesamt für Verfassungsschutz hier bei uns. Und es gibt vor allem auch feste Ansprechpartner bei der Generalstaatsanwaltschaft Stuttgart.

Mit all diesen Beteiligten haben wir Routinen etabliert. Das heißt, die kennen unsere Abläufe, wir kennen ihre und wir kommen bei Bedarf aufeinander zu. Das ist nicht immer notwendig, aber wenn erforderlich, dann arbeiten wir wirklich Schreib-tisch an Schreibtisch – und zwar, wenn es sein muss, im wörtlichen Sinne Tag und Nacht.

Das konex, das früher beim Innenministerium angesiedelt war und dann eine ganze Weile beim Präsidenten des LKA, haben wir, wie erwähnt, ebenfalls in das SAT BW integriert. Damit haben wir einen weiteren Baustein, um wirklich die gesamte

Bandbreite von den Ermittlungen über die Gefährderüberwachung bis hin zur Prävention und Forschung abzudecken – im Fall des konex auch das Thema Ausstiegsberatung.

Wie beschrieben, bringen wir jeweils anlassbezogen und passgenau die richtigen Menschen an einen Tisch. Die müssen dann danach auch nicht noch einmal telefonieren und sie müssen auch nicht noch ihre Chefin oder ihren Chef fragen, sondern es entstehen konsolidierte Meinungen in einem ganz klaren Mandatsrahmen. In der Bewertung von vielleicht auch gefährlichen Sachverhalten, mit denen wir immer wieder konfrontiert sind, ist das ein ganz klarer Gewinn und Game Changer. Man denke beispielsweise an eine konkrete Anschlagsdrohung oder ein Anschlagsvorhaben.

Wie verläuft die Zusammenarbeit mit den regionalen Polizeipräsidien – gerade auch im Zusammenspiel zwischen Zentralisierung und regionaler Zuständigkeit?

Partnerschaftlich und auf Augenhöhe. Davon unabhängig kann es mitunter sinnvoll sein, dass wir bestimmte Sachverhalte übernehmen – beispielsweise, weil sie eine immense Außenwirkung entwickeln. Da geht es dann aber gar nicht darum, dass ein regionales Polizeipräsidium die Bearbeitung nicht in gleicher Qualität leisten könnte. Die Frage stellt sich gar nicht, sondern: Wie können wir gemeinsam das Ziel am besten erreichen? Es geht also darum, zusammenzuwirken. Denn wir kennen ja weder die Strukturen, noch die Besonderheiten vor Ort und wir brauchen natürlich logistische Unterstützung. Wir brauchen ein Gefühl für die betroffene Region – und das hat niemand so, wie das jeweilige Polizeipräsidium und die in ihm arbeitenden Menschen.

Die klassische Orts- und Personenkenntnis…

Darum geht es. Und im Umkehrschluss können die regionalen Polizeipräsidien auf unser Dienstleistungsangebot, unsere Expertise und unser Netzwerk zurückgreifen. Und wenn wir im SAT BW Profis wegen einer gefährlichen Ausgangslage zusammenziehen, dann hat das jeweilige regionale Polizeipräsidium auch die Gewissheit, da sitzt eine Vielzahl von Menschen an einem Tisch, da findet ein entsprechendes Internet-Monitoring statt und es kommen qualifizierte, fundierte Informationen heraus. Wir spüren, dass die Dienststellen Vertrauen in unsere Struktur und in unsere Arbeit haben.

Kommen wir noch einmal auf das Internet- Monitoring zu sprechen. Sie haben es, Frau Dimmroth, vorhin schon angesprochen: Die Datenmengen sind riesig. Wie gelingt es überhaupt, irrelevante von relevanten Informationen zu trennen?

Mit der Einrichtung des Internet-Monitorings im SAT BW wurde nicht nur eine personelle Grundlage geschaffen, sondern auch technisch ein erheblicher Entwicklungsschritt vollzogen. Diese technische Ausstattung unterstützt uns tagtäglich, insbesondere bei der Bewältigung und Vorstrukturierung der enormen Datenmengen.

Ergänzend kommt erneut das phänomenologische Fachwissen im Bereich der Politisch motivierten Kriminalität zum Tragen. Wir müssen die jeweiligen Bereiche der Politisch motivierten Kriminalität sehr genau kennen, um Inhalte richtig einordnen zu können.

Oft handelt es sich dabei um Kommunikation, die auf den ersten Blick unauffällig oder unverfänglich wirkt. Mit dem entsprechenden Hintergrundwissen lässt sich jedoch erkennen, dass bestimmte Symboliken, Codes oder Gesten eine deutlich andere Bedeutung haben können. Diese kontextuelle Einordnung ist für unsere Arbeit entscheidend und darf nicht übersehen werden.

Neben der engen Abstimmung mit den Kolleginnen und Kollegen aus dem Ermittlungsbereich bildet genau dieses fachliche Know-how einen zentralen Erfolgsfaktor unserer Analysearbeit. Die Kombination aus hochqualifiziertem Personal und einer leistungsstarken technischen Ausstattung ist dabei der entscheidende Schlüssel dafür, unsere Aufgaben effizient und wirksam wahrnehmen zu können.

Welche besonderen Herausforderungen ergeben sich für Sie im Hinblick auf Plattformen wie TikTok oder Telegram?

Bei Plattformen wie TikTok oder Telegram besteht die besondere Herausforderung darin, dass sich extremistische Inhalte dort mit enormer Geschwindigkeit verbreiten und dabei teilweise auf sehr junge Zielgruppen treffen. Es ist teils erschreckend, wie weit bei TikTok die Reichweite solcher Inhalte geht und auf welch junge Nutzerinnen und Nutzer sie dort treffen. Vielen fehlt in diesem Alter noch die Fähigkeit, solche Inhalte kritisch einzuordnen. Hinzu kommt die Wirkung der Algorithmen: Wer beginnt, entsprechende Inhalte zu konsumieren, bekommt häufig immer mehr davon

zugespielt. Dadurch können digitale Echokammern entstehen, in denen im ungünstigsten Fall stille Radikalisierungsverläufe stattfinden, die erstmal weder von den Sicherheitsbehörden noch vom Umfeld der Personen wahrgenommen werden, weil sie sich komplett online abspielen.

Wir können in verschiedenen extremistischen Milieus eine zunehmende Glorifizierung von Attentätern beobachten. Innerhalb der Terrorgramszene, beziehungsweise Attentäter-Fanszene, werden ideologische Inhalte verbreitet und Nachahmungstendenzen gefördert. Die Nutzer vernetzen sich mehr und mehr digital und anonym. Auch sogenannte COM-Netzwerke stellen im digitalen Raum eine erhebliche Herausforderung dar. Hierbei handelt es sich um dezentrale, meist international vernetzte Online-Strukturen mit teils satanistischen, neonazistischen und nihilistischen Ideologien. Innerhalb dieser Netzwerke werden extrem verstörende und missbräuchliche Inhalte verbreitet, darunter Darstellungen von Kindesmissbrauch, Selbstverletzungen, Suizid-Anstiftungen sowie sadistische und gewaltverherrlichende Inhalte.

Telegram ist die Plattform, die seit Jahren von Extremisten als Rückzugsort im Online-Raum genutzt wird. Sie verwenden es, um sich zu vernetzen, zu organisieren und um ihre Inhalte miteinander zu teilen – und das vor allen Dingen abseits der öffentlichen Einsichtnahme, beispielsweise durch geschlossene Gruppen.

Zum Ende dieses Einblicks in das Internet- Monitoring: Welche Eindrücke nehmen Sie aus Ihrer ersten Zeit beim SAT BW mit, Frau Dimmroth?

Mein Eindruck aus der ersten Zeit beim SAT BW ist vor allem, dass hier eine in dieser Form wirklich außergewöhnliche Struktur geschaffen wurde. Dadurch können wir komplexe Sachverhalte sehr schnell und gleichzeitig ganzheitlich bewerten. Die Kolleginnen und Kollegen sind zudem sehr dynamisch und offen für Innovationen. Entsprechend freue ich mich sehr, Teil dieses Teams zu sein.

Herr Taube, welches Resümee ziehen Sie aus Ihrer bisherigen SAT BW-Zeit?

Mich überzeugt es, wie wir uns hier im Bereich Staatsschutz aufgestellt haben. Dieser Zentrumsgedanke ist zur jetzigen Zeit genau der richtige. Wir befinden uns in einer Phase, in der immenser Hass ungebremst durchs Netz geht. In der sich schon Jugendliche und manchmal sogar Kinder radikalisieren. In der wir hybriden Bedrohungen ausgesetzt sind und in der Gefahrenlagen im Staatschutz zu unserer

beinahe täglichen Arbeit gehören. Wir haben eine Struktur geschaffen, um damit in einer zukunftssicheren Art und Weise umzugehen. Nicht zuletzt durch die vielen großen Lagen ist meine jetzige Tätigkeit insgesamt sehr herausfordernd. Gleichzeitig ist sie aber auch unwahrscheinlich sinnstiftend und darauf bin ich stolz.

Vielen Dank Ihnen beiden für die spannenden Einblicke!

Wir wollen Ihr Foto aus dem Polizeialltag – Und die Geschichte dahinter

Was hat es mit dem mannshohen Felsbrocken auf einer idyllischen Landstraße auf sich? Welcher Einsatz hat die Kollegen an die abgebildete Örtlichkeit geführt? Und für welchen Fall erhebt die Kriminaltechnik hier Spuren?

Für unsere neue Rubrik „Die Geschichte hinter dem Bild“ suchen wir Ihre Fotos und Erlebnisse aus dem Polizeialltag. Sie haben einen ungewöhnlichen, skurrilen, einen schönen Einsatz oder einen der nachdenklich mach erlebt, in diesem Zusammenhang ein Foto erstellt und wollen Ihren Kolleginnen und Kollegen in der DPZ davon erzählen? Dann schicken Sie uns Ihre Geschichte!

Dabei geht es bewusst nicht um gestellte Hochglanzbilder. Gerne kann es sich um Schnappschüsse handeln. Nicht immer gibt es außerdem geeignete Originalaufnahmen. Daher können Sie auch ein Bild einbringen, das für Sie symbolisch für einen bestimmten polizeilichen Einsatz oder ein Erlebnis steht, die Ihnen nachhaltig in Erinnerung geblieben sind. Wichtig ist vor allem die Geschichte dahinter, die so nur der Polizeiberuf schreibt.

Schicken Sie uns Ihr Bild und seinen Hintergrund gerne formlos an lpp.oe.dpz@im.bwl.de und werden Sie teil von „Die Geschichte hinter dem Bild“. Wir freuen uns auf Ihre Geschichten von der Basis an unsere Leserschaft.

Ihre DPZ-Redaktion

Digitalisierung des Ein- und Ausreisestempels im Reisepass – Das neue Entry/Exit-System (EES)

Ein Streifenteam wird zu einem Ladendiebstahl entsandt. Die Verdächtige händigt den beiden Polizeibeamten ihren Reisepass aus einem Drittstaat aus. Auf nahezu allen Seiten befinden sich diverse Ein- und Ausreisestempel. „90 Tage innerhalb von 180 Tagen darf sie bei einem Kurz-aufenthalt im Schengen-Gebiet unterwegs sein", erinnert sich der Polizeioberkommissar an die Inhalte zum Aufenthaltsrecht seines Studiums zurück. Bislang galt es für die Streife, durch mühseliges Entziffern, Notieren und Ausrechnen anhand der Stempeleintragungen den aufenthaltsrechtlichen Status der Verdächtigen zu ermitteln. Ab sofort – seit Einführung des neuen Entry/Exit-Systems (EES) – wird das Poliphone gezückt und die vier Finger der rechten Hand der Person werden gescannt.

In diesem Fall hält sich die Verdächtige tatsächlich bereits seit über 90 Tagen im Schengen-Raum auf. Neben dem Ermittlungsverfahren wegen Diebstahls gelangt sie folglich auch wegen unerlaubten Aufenthalts zur Anzeige. Den Reisepass behält die Streifenbesatzung ein und leitet ihn an die zuständige Ausländerbehörde weiter. Die Verdächtige kann ihn dort zusammen mit einer Ausreiseaufforderung abholen. „Ich wusste nicht, dass ich früher ausreisen muss. Ich habe den Überblick verloren", sagt sie in der Vernehmung. Deshalb informieren die beiden Polizeibeamten sie darüber, dass jedermann seine persönliche Aufenthaltsübersicht selbst über das EES-Online-Tool abrufen kann.

Übrigens besaß die Verdächtige auch einen zweiten Reisepass mit weiterer Drittstaatsangehörigkeit und legte bei Ein- und Ausreisen abwechselnd die beiden Dokumente vor. So konnte sie bislang ihre tatsächlichen Aufenthaltszeiten im Schengen-Raum verschleiern. Im EES werden nun die Ein- und Ausreisen in einem einheitlichen Dossier zur Person gespeichert, sodass beim Abgleich der biometrischen Daten die genaue Aufenthaltsdauer ermittelt werden kann – unabhängig von der Anzahl der Staatsangehörigkeiten.

Das EES

Das Ein-/Ausreisesystem EES ist ein wichtiger Meilenstein in der Weiterentwicklung der Grenzkontrollen und der Sicherheit in der Europäischen Union. Es ermöglicht die automatisierte Erfassung der Reisebewegungen von Drittstaatsangehörigen an den

Außengrenzen des Schengen-Raums. Durch das EES entfällt das Abstempeln der Reisepässe und die Aufenthaltsdauer von Personen kann einfach und schnell überprüft werden.

Auswirkung auf die Polizei Baden-Württemberg

Die Einführung des EES hat auch Auswirkungen auf die Arbeit der Landespolizei bei der Durchführung von Inlandskontrollen. Die Informationen zur Aufenthaltsdauer von Personen können nun direkt aus dem System abgerufen werden. Was bisher bei unübersichtlicher Stempellage – insbesondere vielreisender Personen – aufwendig nachvollzogen und berechnet werden musste, wird nun durch das EES technisch unterstützt. Die Abfrage ist mobil über das Poliphone und über eine PC-Anwendung möglich. Die Nutzung dieser Abfragemöglichkeit beschränkt sich auf die aufenthaltsrechtliche Abklärung (Verifizierung und Identifizierung) der Person gemäß Artikel 26, 27 Verordnung (EU) 2017/2226 (EES-Verordnung). Eine Speicherung dieser Daten für andere Zwecke ist gemäß Artikel 28 EES-Verordnung untersagt.

Insgesamt haben 29 europäische Staaten das EES eingeführt. Dazu gehören alle Länder der Europäischen Union, mit Ausnahme von Zypern und Irland, sowie die Staaten der Europäischen Freihandelsassoziation EFTA. Somit sind alle Schengen-Staaten Teil des EES.

Durch das Landeskriminalamt und die mit der Verhütung, Aufdeckung und Untersuchung terroristischer oder sonstiger schwerer Straftaten betrauten Dienststellen können die im EES erfassten Daten auch zur *Verhütung und Verfolgung von schweren Straftaten* nach Artikel 31, 32 EES-Verordnung abgerufen bzw. weiterverarbeitet werden. Hierfür ist jedoch die Anwendung IntegrIS zu verwenden, da nur mittels dieser das vorgeschriebene mehrstufige Genehmigungsverfahren zur Nutzung der Daten für diese Zwecke durchlaufen werden kann. Die nutzungsberechtigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter besitzen bereits entsprechende Berechtigungen.

Welche Daten werden in einem EES-Dossier gespeichert?

- Persönliche Kennnummer
- Alphanumerische Daten (Identitäts- und Reisedokumente)
- Biometrische Daten (Gesichtsbilder und 4 Fingerabdrücke der rechten Hand)

- Ein- und Ausreisedatensätze
- Einreiseverweigerungen
- Tatsächliche Aufenthaltsdauer (maschinelle, automatische Berechnung)

Systemeinführung

Die Inbetriebnahme des EES erfolgte schrittweise ab dem 12. Oktober 2025. Anfang Dezember 2025 starteten am Flughafen Stuttgart die ersten EES-Terminals in Baden-Württemberg. Infolge der sukzessiven Einführung ist es seit dem 10. April 2026 im vollständigen Wirkbetrieb.

Zur Schulung der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten in Baden- Württemberg hat das Landeskriminalamt – mit Unterstützung des Präsidiums Technik, Logistik, Service der Polizei und des Instituts für Fortbildung der Hochschule für Polizei – eine elektronische Lernanwendung erstellt. Diese ist in iBMS eingestellt und steht allen Kolleginnen und Kollegen zur Verfügung. Eine Schulung ist Voraussetzung für die Nutzung des EES.

Ausblick

Als Teil der Interoperabilitätsagenda der Europäischen Union sollen weitere europäische Informationssysteme folgen. Durch die EU-weite Vernetzung der einzelnen Datenbanken mittels sogenannter Interoperabilitätskomponenten wird künftig das Identitätsmanagement im Schengen-Raum fortlaufend optimiert.

Fast 1.300 Absolventinnen und Absolventen treten in Polizeipraxis ein

Zwischen dem 19. und 25. Februar durften an den fünf Ausbildungsstandorten der Hochschule für Polizei Baden-Württemberg – Biberach, Bruchsal, Herrenberg, Lahr und Wertheim – 333 Absolventinnen und Absolventen nach erfolgreich abgeschlossener 30-monatiger Ausbildung ihre Ernennungsurkunden zu Polizeiobermeisterinnen und Polizeiobermeistern entgegennehmen. Im darauffolgenden Monat haben sie ihre neuen Aufgaben bei den Dienststellen und Einrichtungen der Polizei übernommen und sorgen dort seither für personelle Verstärkung.

Kurz danach folgten ihnen die Angehörigen des 46. verwendungsorientierten sowie des 3. erfahrungsbasierten Studienjahrgangs. In der Messehalle Villingen-Schwenningen wurden sie am 26. März feierlich verabschiedet. Neben rund 500 Direkteinsteigerinnen und Direkteinsteigern, die das verwendungsorientierte Studium durchliefen, befanden sich unter den Verabschiedeten rund 450 erfahrene Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte, die den Aufstieg in den gehobenen Dienst durch das verkürzte, erfahrungsbasierte Studium absolvierten. Seit April sind sie alle in ihren neuen Wirkungsstätten eingesetzt.

Wir wünschen den insgesamt fast 1.300 frischernannten Kolleginnen und Kollegen alles Gute für ihre Zukunft und viel Erfolg für den weiteren beruflichen Werdegang bei der Polizei Baden-Württemberg!

Archive, Akten, Anekdoten - „Polizeigeschichte(n) zwischen Rhein und Neckar“ dokumentiert Entwicklung der Polizei über mehr als 200 Jahre

Haben Sie schon einmal von den Mannheimer Bierkrawallen gehört, die Polizei und Gendarmerie im April 1873 in Atem hielten? Oder ist Ihnen die „graue Polizei“ ein Begriff, die in der Zeit der Weimarer Republik unter anderem in Heidelberg existierte? Und wussten Sie, dass hiesige Polizeibeamte sich noch in den 1950er-Jahren eine geplante Heirat genehmigen lassen mussten – inklusive Vorlage eines Gesundheitszeugnisses der Auserwählten?

Diese und unzählige weitere Begebenheiten, Fakten und Entwicklungen finden sich in dem Werk „Polizeigeschichte(n) zwischen Rhein und Neckar, 1803 bis 2023“, das Ende letzten Jahres erschien. Norbert Leidig, Gerhard Regele und Holger Trunk stellen darin auf über 500 Seiten mit zahlreichen Abbildungen die Geschichte der Polizei in Mannheim, Heidelberg und dem Rhein-Neckar-Kreis dar. Die drei pensionierten Polizeibeamten setzten das Buch im Selbstverlag und ohne Honorar um. Unterstützt wurde das Projekt von der Polizeistiftung Baden-Württemberg.

Stoff für Polizeiinteressierte sowie Geschichtsbegeisterte

Eine der Besonderheiten von Polizeigeschichte(n) zwischen Rhein und Neckar ist – neben der Tatsache, dass das Werk erstmalig die regionale Geschichte der Polizei in der Kurpfalz aufgearbeitet – die Mischung aus geschichtlichen Vorkommnissen und Entwicklungen gepaart mit herausragenden Kriminalfällen und so mancher Anekdote. Das macht die Lektüre kurzweilig und sorgt dafür, dass unterschiedliche Leserinnen und Leser – von geschichtsinteressierten über polizeibegeisterte bis hin zu True Crime-Anhängern – auf ihre Kosten kommen. Dabei fließen gerade auch viele regionale Besonderheiten und Vorkommnisse ein.

Beginnend mit den Anfängen in der Kaiserzeit und gefolgt von deren Neuausrichtung in der Weimarer Republik stellt das Buch das Polizeiwesen sowie die Rolle der Polizei – auch als Spiegel der Gesellschaft – dar. Das dunkle Kapitel des Nationalsozialismus wurde ebenfalls nicht ausgelassen. „Das hat schon geschmerzt, zu sehen, welches Unrecht die Polizei damals verübt und wie sie an den schrecklichen Verbrechen des Nationalsozialismus beteiligt war“, so Autor Gerhard Regele. „Umso wichtiger war es uns aber, diese zwölf Jahre aufzuarbeiten und im Buch entsprechend darzustellen.“

Vom Auffinden von Quellen

Da bei der Polizei selbst kaum noch historisches Material vorhanden war, nutzten die Autoren unter anderem Stadtarchive – wie das Marchivum Mannheim – als Recherchequellen. „Oft war es sogar so, dass es sich um Dokumente der Polizei handelte, die aber ausgesondert und dann an die Archive weitergegeben worden waren“, so Regele. „Mit diesen Erfahrungen würde ich mir wünschen, dass zukünftig solche Unterlagen zentral archiviert werden, sodass sie auf keinen Fall mehr verloren gehen.“

Neben Zeitungsartikeln und Erlassen konnten die Autoren auch durch in den Archiven vorhandene Personalakten authentische Einblicke in die historische Polizei sowie auch in den damaligen Zeitgeist gewinnen. So wälzte allein Gerhard Regele, der den Bereich Mannheim abdeckte, rund 1.200 Personalakten. Außerdem konnten Leidig, Regele und Trunk durch persönliche Kontakte und private Sammlungen weiteres Material für ihr Werk erheben. Alle Quellen galt es zunächst zu sichten und daraus dann Stück für Stück Sachverhalte zusammen zu setzen und die Kapitel mit Leben zu füllen.

Herausforderung Zuständigkeitswechsel

Nach einer gut dokumentierten Zeitspanne im Anschluss an den Zweiten Weltkrieg bis Anfang der 1970er-Jahre musste das Autorenteam dann nochmal kriminalistischen Spürsinn beweisen, um an die passenden Informationen zu kommen: Da die Polizei ab dieser Zeit nicht mehr kommunal war, sondern zur Ländersache wurde, waren in den Stadtarchiven keine Unterlagen mehr zu finden. „Ich habe mich dann erinnert, dass jede Landespolizeidirektion einen jährlichen Rückblick geschrieben hat, in dem organisatorische Änderungen publiziert, Dienststellen oder auch herausragende Persönlichkeiten vorgestellt wurden. Diese konnte ich ausfindig machen und, neben Zeitungsartikeln, als weitere Quelle heranziehen“, so Regele.

Polizeistiftung als Unterstützerin

Zwischen der ersten Idee und dem finalen Ergebnis lagen mehrere Jahre der Recherche, Schreibarbeit und Überarbeitung. Außerdem galt es, den Druck des Buches zu organisieren. Die Autoren bekamen hierfür Unterstützung von der

Polizeistiftung Baden-Württemberg. Sie übernahm einen Teil der Herstellungskosten und ermöglicht, dass das Werk zu einem reduzierten Kaufpreis angeboten werden kann. Dafür kommen die Gewinne aus den Buchverkäufen vollständig der Polizeistiftung zugute.

Im März 2026 wurde Polzeigeschichte(n) zwischen Rhein und Neckar in Mannheim offiziell der Öffentlichkeit vorgestellt. Doch bereits im Vorfeld war die erste Auflage komplett ausverkauft und eine zweite beauftragt. Somit können sich auch weitere Interessierte ein Bild der Entwicklung der Büttel, Dorfwachen und Stadtknechte hin zur heutigen Polizei machen.

Bambi-Bucket im Einsatz – Zollernalbkreis und Polizei-Hubschrauberstaffel trainieren gemeinsam

Ein warmer Tag im Juli, die Luft flirrt, seit über zwei Wochen hat es nicht mehr geregnet. Aus unbekannten Gründen fängt eine Böschung Feuer. Der Brand breitet sich auf dem ausgetrockneten Untergrund rasant aus und droht, auf ein benachbartes Waldstück über zu treten. Schnell ist die Feuerwehr mit mehreren Einsatzfahrzeugen vor Ort. Darüber hinaus sollen die Flammen auch aus der Luft bekämpft werden – die Polizeihubschrauberstaffel ist ebenfalls gefragt.

Aktuelle Entwicklungen zeigen, dass sich die Gefährdungslage im Hinblick auf Vegetationsbrände verändert und es gilt, sich auf Szenarien, wie das beschriebene, vorzubereiten. Hierfür kommen die beteiligten Stellen regelmäßig zu gemeinsamen Übungen zusammen – so auch kürzlich bei einer Übung des Landratsamts Zollernalbkreis.

Auf Initiative der Polizeihubschrauberstaffel Baden-Württemberg hat die Flugunterstützungsgruppe der Vegetationsbrandeinheit Zollernalb mit dieser gemeinsam die Bekämpfung von Vegetationsbränden erprobt. Die Feuerwehr Albstadt war ebenfalls beteiligt, unterstützte und stellte die Wasserversorgung sicher. Übungsorte waren der Flugplatz Degerfeld sowie die Erddeponie Albstadt.

Als realitätsnahes Szenario diente ein sich schnell ausbreitender Flächen- und Vegetationsbrand, der mit einem koordinierten Löscheinsatz aus der Luft bekämpft werden sollte. Im Übungsverlauf wurden unterschiedliche Verfahren zur Wasserentnahme mit einem speziellen Löschwasser-Außenlastbehälter für Hubschrauber – dem sogenannten Bambi-Bucket – erprobt. Neben der Befüllung über Stahlrohre kam auch ein spezieller Löschwasserbehälter des Zollernalbkreises zum Einsatz.

Im Anschluss warfen die Kolleginnen und Kollegen der Polizeihubschrauberstaffel das Löschwasser gezielt aus dem Hubschrauber über dem Übungsgebiet ab. Sowohl die Aufnahme mehrerer hundert Liter Wasser, das Fliegen mit Außenlast, wie auch das gezielte Abwerfen sind fliegerisch sehr anspruchsvoll.

Daneben lag ein Fokus darauf, die Zusammenarbeit und Kommunikation zwischen den Boden- und Luftkräften zu stärken.

Aus Übung wird schnell Realität

Wie wichtig derartige Übungen tatsächlich sind, verdeutlicht ein aktueller länderübergreifender Unterstützungseinsatz im bayerischen Ruhpolding, bei welchem genau die trainierte Einsatzsituation zur Echtlage wurde. Anfang Mai 2026 wurde dort aufgrund eines größeren Waldbrandes der Katastrophenfall ausgerufen. Elf Hubschrauber unterschiedlicher Organisationen unterstützten daraufhin vor Ort – darunter auch die H145 der Polizei Baden-Württemberg.

Mit ihren Maschinen warfen sie permanent Wasser über den verschiedenen Brandherden ab. So führte allein Baden- Württemberg 144 Löschabwürfe durch, was etwa 130.000 Litern Wasser entspricht. Außerdem konnten die eingesetzten Hubschrauber rund 50 Mal mit dem Tankwagen unserer Polizeihubschrauberstaffel betankt werden – aufgrund der recht langen Anflugzeit zum nächsten Flugplatz ein wichtiger Einsatzfaktor. Aufgrund der guten Vorbereitung konnte die Polizeihubschrauberstaffel diesen Einsatz mit großer fliegerischer und organisatorischer Herausforderung insgesamt optimal bewältigen.

Recht aktuell

Aktuelle Rechtsprechung zur Körperverletzung im Amt nach § 340 StGB

Von Christian Bartelt

Die Strafnorm der Körperverletzung im Amt nach § 340 StGB nimmt im deutschen Strafrecht eine besondere Stellung ein, da sie das Spannungsverhältnis zwischen staatlichem Gewaltmonopol und dem Schutz der körperlichen Unversehrtheit des Einzelnen regelt. Sie erfasst Fälle, in denen Amtsträger zur Verletzung dieses Rechtsguts beitragen und damit das Vertrauen in die Integrität staatlichen Handelns beeinträchtigen.

Amtsträger sind nach § 11 Abs. 1 Nr. 2 StGB zunächst Personen, die in ein Beamtenverhältnis durch förmliche Aushändigung einer Ernennungsurkunde berufen wurden (z. B. Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamte, allgemeine Verwaltungsbeamtinnen und Verwaltungsbeamte). Daneben fallen Personen unter den Amtsträgerbegriff, die in einem „sonstigen öffentlich-rechtlichen Amtsverhältnis“ stehen (z. B. Ministerinnen und Minister sowie parlamentarische Staatssekretärinnen und Staatssekretäre) und Personen, die zur Wahrnehmung von Aufgaben der öffentlichen Verwaltung bestellt wurden (z. B. tarifbeschäftigte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter).

Die Tat muss „während der Ausübung des Dienstes“ oder „in Beziehung auf den Dienst“ begangen worden sein. „Während der Ausübung des Dienstes“ liegt vor, wenn die Körperverletzung sachlich mit der Dienstausübung verknüpft ist, also nicht bloß zufällig während der Dienstzeit oder in Diensträumen geschieht. „In Beziehung auf den Dienst“ ist die Tat auch dann, wenn sie außerhalb der Dienstzeit, aber erkennbar durch den Dienst veranlasst ist oder einen sachlich-inhaltlichen Zusammenhang mit dienstlichen Zwecken, früheren, aktuellen oder künftigen Diensthandlungen hat.

„Begehen“ meint die eigenhändige oder täterschaftliche Begehung der Körperverletzung in Form einer Allein- oder Mittäterschaft. „Begehenlassen“ ist hingegen die ausdrückliche Einbeziehung von Konstellationen, in denen ein Amtsträger eine Körperverletzung durch einen anderen ermöglicht oder nicht verhindert. In der Konsequenz werden dadurch Teilnahmehandlungen wie Anstiftung

und Beihilfe sowie bestimmte Fälle eines Unterlassens tatbestandlich aufgewertet und dem täterschaftlichen Begehen gleichgestellt.

Das Amtsgericht (AG) Schwelm hatte im Herbst 2021 einen nächtlichen Polizeieinsatz zu beurteilen (Urteil v. 16.11.2021 – Az.: 59 Ls-500 Js 551/20-25/20). Eine Streifenwagenbesatzung fuhr zu einer Kontrollstelle, an der zwei Kollegen einen gesondert verfolgten Täter kontrollierten. Der Täter entzog sich der Maßnahme, griff zu einer Pistole und schoss aus kurzer Distanz auf einen Beamten, der nur durch seine Schutzweste vor einem Durchschuss des Oberkörpers bewahrt wurde, infolge des Aufpralls jedoch stürzte und sich hierbei verletzte. Anschließend entwickelte sich ein Schusswechsel zwischen dem Täter und den beiden Kollegen, wobei 21 Schüsse abgegeben wurden.

Die hinzugekommenen Polizeikräfte bemerkten den Schusswechsel und wurden ausdrücklich um Hilfe gebeten. Dieser Aufforderung kamen sie nicht nach und zogen sich in der Folge vom unmittelbaren Einsatzort zurück, obwohl sie in ihrem Streifenwagen eine geladene Maschinenpistole hatten. Sie gaben weder Warnschüsse ab noch versuchten sie, durch sonstige Abwehr- oder Hilfsmaßnahmen den Angriff zu unterbinden oder zumindest Verstärkung herbeizurufen. Ihnen war dabei bewusst, dass ihre Kollegen durch die Schüsse des Täters erheblichen Verletzungsgefahren ausgesetzt waren.

Das AG wertete das Verhalten der hinzugekommenen Streifenwagenbesatzung als gemeinschaftliche versuchte gefährliche Körperverletzung im Amt durch Unterlassen gemäß §§ 340, 223 Abs. 1, 224 Abs. 1, 13, 23 Abs. 1, 25 Abs. 2 StGB. Nach Auffassung des Gerichts hatten sie eine Garantenstellung gegenüber ihren Kollegen und waren deshalb verpflichtet, im Rahmen des ihnen Zumutbaren schützende Maßnahmen zu ergreifen. Hierbei wäre es – so das AG – noch nicht einmal erforderlich gewesen, dem Schützen offen entgegenzutreten, da sie bereits aus ihrer Deckung heraus hätten Warnschüsse abgeben, Verstärkung anfordern oder sonstige Hilfe organisieren können. Der Taterfolg einer Körperverletzung trat zwar nicht unmittelbar durch ihr Unterlassen ein, gleichwohl war der Versuch strafbar, da auch ein Unterlassungsdelikt versuchsweise begangen werden kann.

Strafmildernd berücksichtigte das Gericht insbesondere das Geständnis, die mediale Vorverurteilung sowie drohende dienstrechtliche Folgen. Strafschärfend war für das Gericht, dass die zweite Besatzung die konkrete Todesgefahr ihrer Kollegen

erkannte. Das AG verhängte jeweils eine Freiheitsstrafe von einem Jahr auf Bewährung, welche in einem Berufungsverfahren vor einem Landgericht auf vier Monate auf Bewährung abgemildert wurde. Gegenwärtig ist vor einem Verwaltungsgericht ein Verfahren anhängig, da der zuständige Disziplinarvorgesetzte die beiden aus dem Beamtenverhältnis entfernen möchte.

Das Beispiel der aktuellen Rechtsprechung zeigt, dass § 340 StGB ein rechtlich und praktisch anspruchsvolles Delikt darstellt und dass die Gerichte weiterhin bemüht sind, einen an-gemessenen Ausgleich zwischen effektiver Strafverfolgung staatlicher Übergriffe und den besonderen Anforderungen hoheitlicher Tätigkeit zu finden.

Aus dem Landespolizeipräsidium

Sicherheit im Baden-Württemberg – Neue Website sicher-bw.de präsentiert Zahlen, Daten und Fakten zur Sicherheitslage transparent und bürgernah

Einen schnellen, unkomplizierten und jederzeit verfügbaren Überblick über die Sicherheitslage in Baden-Württemberg – das ermöglicht die neue Website zur Sicherheit in Baden-Württemberg (sicher-bw.de). Sie ist die Weiterentwicklung des bisherigen, jährlichen schriftlichen Sicherheitsberichts. Zahlen, Daten und Fakten stehen nun allen Interessierten in einer moderneren und digitalen Form zur Verfügung. So können sich Bürgerinnen und Bürger, Medienschaffende und alle Interessierten zeitgemäß über die Sicherheitslage in Baden-Württemberg informieren.

Herzstück der neuen Website ist der KI-Chatbot „Poli“. Um den Nutzerinnen und Nutzern die Informationen schnell, kompakt und verständlich bereitzustellen, verfügt sicher-bw.de nicht nur über eine übersichtliche Struktur mit aussagekräftigen Kategorien und einer klaren Designsprache, sondern auch über einen KI-Chatbot. Dieser unterstützt dabei, sich in den unterschiedlichen Bereichen, Themen und Statistiken zurecht zu finden, offene Fragen zu klären und diese einzuordnen.

Die Homepage sicher-bw.de bietet damit weiterhin die bekannten, evidenzbasierten Inhalte, jedoch in neuer, zeitgemäßer und interaktiver Form und leistet auf diese Weise nicht zuletzt auch einen wichtigen Beitrag gegen Fake-News und Desinformation.

Die mit der Website veröffentlichte Sicherheitslage aus dem vergangenen Jahr zeigt: Baden-Württemberg gehört nach wie vor zu den sichersten Bundesländern – mit einer niedrigen Kriminalitätsbelastung bei gleichzeitig hoher Aufklärungsquote.

„Die Digitalisierung des Sicherheitsberichts war für mich von Anfang an ein großes Anliegen. Dass wir das Projekt in so kurzer Zeit erfolgreich umgesetzt haben, freut mich besonders. Es zeigt eindrucksvoll, was möglich ist, wenn alle Mitwirkende hoch engagiert an einem Strang ziehen. Darauf bauen wir weiter auf“, so Landeskriminaldirektorin Sandra Zarges.

„Wie bei Projekten üblich, gab es neben dem ambitionierten Zeitplan auch viele neue Herausforderungen für alle Beteiligten. Ob Datenschutz, IT-Sicherheit und insbesondere alles im Kontext KI – es mussten viele neue Themen erarbeitet und Lösungen gefunden werden, um am Ende zu unserem Ziel zu kommen: Die Bereitstellung einer modernen und verlässlichen Informationsplattform. Umso mehr freut es mich, dass wir nun ein zeitgemäßes, interaktives Produkt für die Präsentation der Sicherheitslage in Baden-Württemberg bereitstellen können“, so Marco Püschel, der Projektleiter zur Umsetzung von sicher-bw.de.

Rund 1.150 neue Fahrzeuge für den Fuhrpark der Polizei Baden-Württemberg

Mit 970 Fahrzeugen von Audi und Mercedes-Benz erneuert die Polizei Baden-Württemberg einen Teil ihres Fahrzeugbestands. Die Modelle werden mittels Leasingverträgen bezogen, die auf eine 2025 durchgeführte europaweite Ausschreibung (EWA) folgen. Eine besondere Neuerung bilden dabei hochmotorisierte Transporter für den Einsatz auf Autobahnen. Zusätzlich werden 182 Fahrzeuge aus bestehenden Leasingverträgen ersetzt. Wir geben einen Überblick über die neuen Modelle:

Welche Fahrzeuge kommen aus der EWA 2025?

- 51 Vito Tourer Pro 124 CDI Kompakt in Silber-Blau von Mercedes Benz
- 282 GLC 220d 4-Matic sowohl in Silber-Blau als auch zivil von Mercedes Benz
- 484 Audi Q3 TDI in Zivil und
- 153 Audi A6 TDI Avant in Zivil

Neue hochmotorisierte Transporter für die Autobahnpolizeireviere

Mit der durch das Präsidium Technik, Logistik, Service der Polizei durchgeführten EWA 2025 wurde erstmals ein silber-blauer Transporter für die Dienstgruppen der Autobahnpolizeireviere im Leasing ausgeschrieben. Der Zuschlag hierfür ging an die Mercedes-Benz Leasing GmbH mit dem Vito Tourer Pro 124 CDI Kompakt. Im Vergleich zu den bekannten Vito-Modellen haben die 51 neuen Fahrzeuge eine erhöhte Motorleistung und kommen auf 237 PS statt 190 PS.

Daneben haben die neuen Transporter in ihrer Heckscheibe die größtmögliche Version des Anhalte- und Signalgebers verbaut. Das Display nimmt nahezu die gesamte Fläche der Heckscheibe ein. Das sorgt dafür, dass der Text auch bei höheren Geschwindigkeiten und aus größerer Entfernung wahrgenommen wird.

Um die Sichtbehinderung auszugleichen, die hierdurch nach hinten entsteht, wurde der Innenspiegel durch ein Display ersetzt, auf das das Bild einer Kamera übertragen wird, die am Heck verbaut ist. Dank einer größeren Karosserie bietet außerdem der Innenraum der Fahrzeuge mehr Komfort und Ladefläche.

Weitere Features der neuen Leasing-Modelle

Alle Fahrzeuge, die aus der EWA 2025 beschafft werden, verfügen über einen Dieselmotor der neuesten Generation sowie umfangreiche Ausstattungspakete. Diese erhöhen nicht nur den Fahrkomfort, sondern tragen vor allem auch zur Sicherheit bei – zum Beispiel mit einem Pre-Crash-System und einem Spurhalteassistent. Des Weiteren verfügen die Fahrzeuge über einen neugestalteten Innenraum, der beispielsweise – im Falle der Audi-Modelle – ein großes Display mit nutzerfreundlichen Bedienelementen bietet.

Was wird aus bestehenden Rahmenverträgen nachbestellt?

Neben den knapp 1.000 Fahrzeugen aus den neuen Leasing-Verträgen werden weitere 182 aus Rahmenvereinbarungen vorheriger EWA ersetzt. So wurden 125 Mercedes-Benz Vitos sowie sechs E-Klassen nachbestellt. Ergänzend dazu werden 51 batterieelektrische Audi Q4 e-tron quattro bezogen, um den Bestand an E-Fahrzeugen weiter zu erhöhen.

Modern, realitätsnah und flexibel – Polizei führt Laser Schießtrainingssystem ein

Der polizeiliche Alltag ist selten planbar. Lagen entwickeln sich dynamisch, sind oft unübersichtlich und bringen für die polizeilichen Einsatzkräfte ein hohes Maß an Stress mit sich. Entscheidungen werden in Sekunden getroffen – mit potenziell weitreichenden Folgen.

Genau auf solche Situationen bereitet die Polizei Baden-Württemberg ihre Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten im Einsatztraining vor. Im Mittelpunkt steht dabei nun die landesweite Beschaffung moderner lasergestützter Schießtrainingssysteme (LSS) der Firma FACT Systems. Ziel ist es, das Einsatztraining noch realitätsnaher und didaktisch hochwertiger zu gestalten und damit das taktische Verhalten der Polizistinnen und Polizisten weiter zu optimieren. Wir stellen das System vor.

Welchen Mehrwert bringt es?

Die LSS ergänzen bisherige Trainingsformen und ermöglichen es, das gesamte Spektrum an komplexen Einsatzlagen unter sicheren Bedingungen abzubilden – von der häuslichen Gewalt bis zur lebensbedrohlichen Einsatzlage. Zudem gestatten sie es, genau dort zu trainieren, wo Einsatzlagen tatsächlich stattfinden – etwa an Schulen, Bahnhöfen oder auch Einkaufszentren. Trainingsumgebungen lassen sich also deutlich näher an die Realität der polizeilichen Praxis bringen als bisher.

Zugleich entfallen klassische Einschränkungen des Schieß-bzw. Farbmarkierungstrainings: Weder Gehörschutz noch Helme sind notwendig. Das erleichtert einerseits die Organisation. Andererseits verbessert es die Kommunikation der Einsatzkräfte untereinander und erlaubt mehr Konzentration auf ein professionelles, abgestimmtes Handeln. In komplexen Einsatzsituationen ist das essentiell.

Akustische, haptische und visuelle Signale sorgen zudem dafür, dass die Teilnehmenden unmittelbar Rückmeldung über „Treffer“ bekommen. Das steigert nicht nur die aktive Beteiligung, sondern rückt auch das Thema Eigensicherung in den Fokus.

Bisherige Trainingsformate werden somit durch das lasergestützte Schießtraining sinnvoll ergänzt. Inwieweit dadurch das Farbmarkierungstraining perspektivisch reduziert werden kann, wird auf Basis der Erfahrungen der Polizeidienststellen und Einrichtungen für den Polizeivollzugsdienst entschieden werden. Das klassische Schießtraining als wichtige Basis bleibt selbstverständlich weiterhin erhalten.

Anke Ströbele ist Leiterin des Referats 33 im Innenministerium-Landespolizeipräsidium, das für die Einführung des Systems verantwortlich ist und sagt: „Mit dem LSS erweitern wir unsere Trainingsmöglichkeiten. Es kommt ohne scharfe Munition aus, bietet eine präzise Treffererfassung und ist flexibel einsetzbar in Trainingsräumen, Hallen, Übungsobjekten oder im Außenbereich."

Elektroimpulsgerät-Training mit spürbarem Effekt

Die eingesetzten Systeme arbeiten mit Laser- und Sensortechnologie: Die Trainingswaffen sind mit ungefährlichen Lasereinheiten ausgestattet, während die trainierenden Polizistinnen und Polizisten sogenannte Sensorenwesten tragen.

Ein wesentlicher Bestandteil der neu beschafften Systeme ist außerdem die Einbindung eines Elektroimpulsgeräts (EIG), auch bekannt als T-Schock-System. Durch dieses speziell für Trainingszwecke entwickelte Simulationssystem werden Treffer nicht nur visuell erfasst, sondern die „getroffenen" Teilnehmenden nehmen sie auch akustisch sowie (freiwillig) als haptischen Impuls wahr. Ähnlich wie beim Farbmarkierungstraining ist der Treffer damit direkt spürbar und ohne Verletzungsrisiko.

Das EIG-Training kommt ausschließlich im Rahmen des polizeilichen Einsatztrainings und unter klar definierten Sicherheitsvorgaben zum Einsatz. Vorab erhalten alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer eine Einweisung. Der Stromimpuls ist medizinisch unbedenklich und sicherheitsgeprüft.

Erste Erfahrungen aus dem Einsatztraining

In der Testphase haben verschiedene regionale Polizeipräsidien sowie das Polizeipräsidium Einsatz die LSS erprobt. Beim Polizeipräsidium Offenburg etwa trainierte eine Vielzahl an Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten der Dienstgruppen und Bezirks- und Postendienste in einem Schulzentrum in Bühl verschiedene Szenarien zu lebensbedrohlichen Einsatzlagen.

Dirk Schwed ist Referent des Sachbereichs Einsatztraining im Polizeipräsidium Offenburg und fasst seine Eindrücke zusammen: „Bei den Übenden wird eine echte Stresssituation ausgelöst, ihre Konzentration, Motivation und Leistungsfähigkeit erhöht. Das führt dazu, dass sie das taktische Vorgehen in lebensbedrohlichen Einsatzlagen noch besser verinnerlichen – gerade auch im Hinblick auf ihre Eigensicherung bzw. darauf, dass sich ihre Sensibilität für Verletzungen verbessert. Treffersichtbarkeit und Trefferspürbarkeit haben einen sofortigen Lerneffekt.“

Investition in die Zukunft des Einsatztrainings

Mit der landesweiten Beschaffung der LSS investiert die Polizei Baden-Württemberg in ein modernes, realitätsnahes und zukunftsfähiges Einsatztraining. Die Polizeidienststellen und Einrichtungen für den Polizeivollzugsdienst wurden jeweils mit zehn Trainingssystemen ausgestattet. Dazu gehören die erforderlichen Trainingswaffen und das notwendige Zubehör, etwa passende Holstersysteme. Damit ist die Grundvoraussetzung für ein flächendeckendes laserbasiertes Schießtraining geschaffen.

Personalveränderungen im Führungsbereich

Polizeipräsidium Stuttgart – Volker Stier

1989: Eintritt in den Polizeidienst

1999: Aufstieg in den gehobenen Polizeivollzugsdienst

2005: Aufstieg in den höheren Polizeivollzugsdienst

2005: Polizeidirektion Ulm – Leiter des Polizeireviers Ulm-Mitte

2008: Regierungspräsidium Freiburg– Mitwirkung im Stab zur Vor-bereitung des polizeilichen Großeinsatzes Nato-Gipfel 2009

2009: Polizeidirektion Ulm – Leiter des Polizeireviers Ulm-Mitte

2016: Polizeipräsidium Einsatz – Leiter Zentrale Dienste

2018: Polizeipräsidium Einsatz – Führungs- und Einsatzstab – Leiter des Stabsbereichs Einsatz und Abwesenheitsvertreter des Leiters des Führungs- und Einsatzstabs sowie Leiter Bundesweite Kompetenzstelle Beweissicherung Bereitschaftspolizeien

2019: BWTEX – Baden-Württembergische Terrorismusabwehr Exercise – Mitwirkung in den Vorbereitungen zur größten interdisziplinären Vollübung

2023: Polizeipräsidium Stuttgart – Leiter der Schutzpolizeidirektion

März 2026: Polizeipräsidium Stuttgart – Stv. Leiter der Dienststelle und Leiter des Führungs- und Einsatzstabes

Polizeipräsidium Ravensburg – Renato Gigliotti

1988: Eintritt in den Polizeidienst

1996: Aufstieg in den gehobenen Polizeivollzugsdienst

2003: Aufstieg in den höheren Polizeivollzugsdienst

2003 Innenministerium Baden-Württemberg – Referent im Referat 34 – Recht und Grundsatz

2004: Polizeipräsidium Mannheim – Leiter Polizeirevier Mannheim-Neckarau

2009: Regierungspräsidium Freiburg – Planungsstab NATO-Gipfel

2011: Polizeipräsidium Stuttgart – Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in der BAO S 21

2014: Führungsakademie des Landes Baden-Württemberg

2015: Innenministerium Baden-Württemberg – Referent Strategisches Controlling, Qualitätsmanagement, Innenrevision

2015: Innenministerium Baden-Württemberg – Referent im Referat 35 – Recht, Grundsatz, Öffentlichkeitsarbeit

2016: Innenministerium Baden-Württemberg – Referent im Büro für Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit

2023: Polizeipräsidium Offenburg – Leiter Schutzpolizeidirektion

2024: Polizeipräsidium Mannheim – Polizeivizepräsident und Leiter Führungs- und Einsatzstab

April 2026 Polizeipräsidium Ravensburg – Polizeipräsident

Polizeipräsidium Ravensburg – Uwe Stürmer

1979: Eintritt in den Polizeidienst

1992: Aufstieg in den gehobenen Polizeivollzugsdienst

1998: Aufstieg in den höheren Polizeivollzugsdienst

1998: Innenministerium BW – Referent im Referat 32, Kriminalitäts-bekämpfung, Prävention, Kriminologie

1999: Landespolizeidirektion Stuttgart II – Leiter der Kriminalpolizei-inspektion 1 und Leiter des Dezernats Tötungsdelikte

2001: Innenministerium BW – Referent im Referat 32, Kriminalitätsbekämpfung, Prävention, Kriminologie

2007: Polizeidirektion Ravensburg – Leiter der Dienststelle

2014: Polizeipräsidium Konstanz – Polizeivizepräsident und Leiter der Kriminalpolizeidirektion

2016: Projektleiter Evaluation der Polizeireform

2017: Polizeistruktur 2020 – Leiter des Teilprojektes „Aufbau des Polizeipräsidiums Ravensburg“

2020: Polizeipräsidium Ravensburg – Polizeipräsident

April 2026: Eintritt in den Ruhestand

Polizeipräsidium Reutlingen – Ralf Keller

1989: Eintritt in den Polizeidienst

1999: Aufstieg in den gehobenen Polizeivollzugsdienst

2006: Aufstieg in den höheren Polizeivollzugsdienst

2006: Landeskriminalamt Baden-Württemberg – Leiter der Stabstelle Informations- und Kommunikationstechnik der Abteilung 2

2009: Landeskriminalamt Baden-Württemberg – Leiter der Führungsgruppe der Abteilung 2

2009: Innenministerium Baden-Württemberg – Referent im Referat 36 – Technik

2012: Innenministerium Baden-Württemberg – Leiter des Projektbüros des Projekts 15 „Aufbau des Präsidiums Technik, Logistik, Service der Polizei Baden-Württemberg“ und Leiter des Teilprojekts Stabstellen

2014: Präsidium Technik, Logistik, Service der Polizei Baden-Württemberg – Leiter des Präsidialstabs

2021: Polizeipräsidium Reutlingen – Leiter der Kriminalpolizeidirektion

Mai 2026: Polizeipräsidium Reutlingen – Polizeivizepräsident

Polizeipräsidium Reutlingen – Ralf Keppler

1982: Eintritt in den Polizeidienst

1992: Aufstieg in den gehobenen Polizeivollzugsdienst

1998: Aufstieg in den höheren Polizeivollzugsdienst

1998: Polizeidirektion Reutlingen – Leiter der Inspektion Ermittlungen

2000: Polizeidirektion Reutlingen – Leiter der Kriminalinspektion 2 – Organisierte Kriminalität und Rauschgiftkriminalität

2001: Polizeidirektion Balingen – Leiter der Kriminalpolizei sowie stellvertretender Leiter der Dienststelle

2007: Landeskriminalamt Baden-Württemberg – Leiter der Abteilung 2 – Zentrum für Informationstechno-logie der Polizei

2008: Polizeidirektion Balingen – stellvertretender Leiter der Dienststelle

2010: Regierungspräsidium Tübingen – Leiter des Projektes „Organisations-untersuchung IuK“

2012: Polizeidirektion Reutlingen – Leiter des Führungs- und Einsatzstabes sowie stellvertretender Leiter der Dienststelle

2013: Polizeidirektion Reutlingen – Leiter der Dienststelle

2016: Landeskriminalamt Baden-Württemberg – Leiter der Abteilung 4 – Organisierte Kriminalität und Rauschgiftkriminalität

2019: Polizeipräsidium Reutlingen – Leiter des Führungs- und Einsatzstabes

2021: Polizeipräsidium Reutlingen – Polizeivizepräsident

Mai 2026: Eintritt in den Ruhestand

Verkehr

„Verkehrssicherheitsarbeit ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe – ganzheitlich denken und gemeinsam handeln“ – Zweite Verkehrssicherheitskonferenz und Verleihung des Verkehrspräventionspreises

Wie machen wir unseren Straßenverkehr noch sicherer? Was können die Akteure der Verkehrssicherheitsarbeit tun, um gemeinsam noch enger an der Vision Zero eines Straßen-verkehrs ohne Getötete und Schwerverletzte zu arbeiten? Mit diesen und weiteren Fragen beschäftigten sich Expertinnen und Experten am 2. und 3. Februar bei der zweiten Verkehrssicherheitskonferenz Baden-Württemberg.

Das Innen- und das Verkehrsministerium richteten die zweite Verkehrssicherheitskonferenz Baden-Württemberg gemeinsam in Pforzheim aus. Unter dem Leitthema „Verkehrssicherheitsarbeit kennt keine Grenzen – ganzheitlich denken und gemeinsam handeln“ ging es diesmal besonders darum, dass wirksame Verkehrssicherheitsarbeit Verbündete und klare Rollen benötigt und dass alle Ebenen an einem Strang ziehen müssen – von der EU bis hin zur Kommune im Land.

Den fachlichen Auftakt setzte Prof. Dr. Walter Eichendorf als Präsident des Europäischen Verkehrssicherheitsrats (ETSC). Er legte in seinem Vortrag einen Fokus auf die Initiative Vision Zero, die einen Straßenverkehr ohne Tote oder Schwerverletzte verfolgt, sowie die Unfallzahlen und deren Entwicklung in den EU-Staaten. Zudem zeigte er auf, wie technische Innovationen und deren verpflichtender Einsatz – beispielsweise in neuen Autos – maßgeblich zur Senkung der Unfallzahlen sowie von Unfallfolgen beitragen.

Im Anschluss tauschte sich ein hochkarätig besetztes Podium über Ideen und konkrete Ansätze der Verkehrssicherheitsarbeit aus. Auch dabei wurden die unterschiedlichen Akteure und Ebenen beleuchtet – von der europäischen bis zur kommunalen. Thomas Strobl, Winfried Hermann, Prof. Dr. Walter Eichendorf, Michael Saur vom ADAC und Oliver Müller von der Verkehrsbehörde Enzkreis diskutierten unterschiedliche Herausforderungen und Lösungsansätze. Zweitere, so

das Ergebnis, benötigen Austausch, gemeinsame Standards und ein entschlossenes Zusammenwirken aller Beteiligten.

Vier Projekte mit Verkehrspräventionspreis ausgezeichnet

Den Höhepunkt der Konferenz bildete die Verleihung des Verkehrspräventionspreises Baden-Württemberg. Ausgezeichnet wurden Ideen, Aktionen und Projekte, die den Straßenverkehr sicherer machen. Damit wird sichtbar, was Verkehrssicherheitsarbeit konkret bewirkt und dass jede und jeder mit persönlichem Engagement einen Beitrag leisten kann. Mit einer Laudatio würdigten die Preisstifter von Landesverkehrswacht Baden-Württemberg, TÜV SÜD, ADAC und Unfallkasse Baden-Württemberg jedes der Gewinnerprojekte und die Menschen dahinter.

Dann wurde es still im Saal und das Licht heruntergefahren: Über 300 Teilnehmende richteten ihren Blick auf die Leinwand, als jedes der Gewinnerprojekte in einem Videoclip vorgestellt wurde. Auf diese Weise wurde noch deutlicher, was die Projekte konkret vor Ort leisten und warum sie die Auszeichnung zurecht bekommen. Im Anschluss durften die Gewinnerinnen und Gewinner auf der Bühne ihre Urkunden sowie einen symbolischen Scheck über das Preisgeld von je 1.500 Euro entgegennehmen.

Die von Gib Acht im Verkehr ausgezeichneten Gewinnerprojekte im Überblick

„Begegnungen – Realität erfahren“ richtet sich an junge Fahranfängerinnen und Fahranfänger. Einsatzkräfte und Betroffene berichten in Schulen von realen Unfallfolgen. Eine wissenschaftliche Evaluation zeigt: Rund 80 Prozent reflektieren ihr Verhalten und ändern es. Wissenschaftlich begleitet wird das Projekt durch die Hochschule für Polizei Baden-Württemberg. Preisstifter ist die Landesverkehrswacht.

Beim Projekt *„Messapparatur Abstand“* wurde ein Schulweg zur Messstrecke. Zwei Schüler der 7. Klasse entwickelten eine Messanlage fürs Fahrrad, die den seitlichen Überholabstand von Autos misst. Die Messungen zeigten viele Unterschreitungen des Mindestabstands von 1,5 Metern. Die Ergebnisse flossen in Spaichingen in die kommunale Radwege-planung ein; ein Radweg oder Radschutzstreifen ist geplant. Preisstifter ist der TÜV SÜD.

„Verkehrsschule, Unfalltraining und Fahrradtraining an einem Wochenende kompakt“ stärkt Kinder mit neurologischen oder körperlichen Beeinträchtigungen. Sie trainieren mit ihren Spezialfahrzeugen in geschützter Umgebung; Eltern lernen Erste Hilfe. Die Projektleitung liegt bei Ralf Schmitt vom Verein Special Needs. Unterstützt wird das Projekt durch die Verkehrspolizei Mannheim und die Kreisverkehrswacht Mannheim. Das mehrtägige Wochenendtraining wurde aufgrund der hohen Nachfrage bereits wiederholt. Preisstifter ist der ADAC.

„Sicher zur Schule – mit dem Schulwegtiger“ setzt auf Motivation statt Appelle. Grundschulkinder sammeln für jeden gelaufenen Schulweg Stempel in ihrem Tigerpass. Die Stein-äcker-Schule Bodelshausen setzt das Projekt mit der Gemeinde Bodelshausen um. Das dortige Ordnungsamt unterstützt bei sicheren Treffpunkten, den sogenannten Tigerhaltestellen. Das reduziert Elterntaxis und stärkt Selbstständigkeit und Bewegung. Preisstifter ist die Unfallkasse Baden-Württemberg.

An die Preisverleihung schloss sich der zweite Teil der Konferenz in Form einer Expertentagung an. Impulsvorträge, Gesprächsrunden und Fachforen boten den Teilnehmenden die Möglichkeit, sich zu vernetzen, über aktuelle Themen und Fragen der Verkehrssicherheit auszutauschen und sorgte damit für Ergebnisse, die weit über die Veranstaltung hinauswirken.

Sport

Spitzensportlerin und Spitzensportler feiern in der Leichtathletik und im Ringen Erfolge

Mit ihren tollen Leistungen haben mehrere Angehörige der Spitzensportförderung der Polizei Baden-Württemberg in letzter Zeit bewiesen, dass sie sowohl auf Bundesebene wie auch weltweit vorne mitspielen. Für den Spitzensport wie für den Polizeiberuf gilt dabei gleichermaßen: Disziplin, Teamgeist und Ausdauer sind unerlässliche Eigenschaften.

Mehrkampf

Sandrina Sprengel zeigte im Februar und März bei den Deutschen Hallenmeisterschaften im Mehrkampf in Halle/Saale sowie bei den Hallen-weltmeisterschaften der Leichtathletik in Warschau ihr Können. Bei ersteren erkämpfte sie sich einen tollen dritten Platz. Bei zweiteren gelang ihr im Fünfkampf eine neue persönliche Bestleistung und mit dem achten Platz eine Platzierung in den Top Ten. Wir gratulieren herzlich zu dieser tollen Leistung auf Weltniveau!

Staffellauf

Nach seinen kürzlichen Erfolgen im Crosslauf ging es für Kurt Lauer und seine Teamkollegen auch bei den Deutschen Langstaffelmeisterschaften im Februar aufs Treppchen. Bei der 3x1000 Meter-Staffel gelang ihnen ein guter dritter Platz. Zu diesem Erfolg herzlichen Glückwunsch!

Ringen

Die U23-Europameisterschaften im Ringen, die im März im serbischen Zrenjanin stattfanden, gingen für Darius Kiefer mit einem tollen Ergebnis zu Ende. Nachdem er sich im Halbfinale leider seinem Kontrahenten – dem späteren Europameister – geschlagen geben musste, gewann er den Kampf um Platz drei souverän mit 9:1 Punkten. Wir gratulieren zur Bronzemedaille!

110RealTalk – Der Podcast der Polizei Baden-Württemberg

Jetzt die neuesten Folgen auf Spotify oder YouTube streamen!

Link zu Spotify – hier klicken

Link zu YouTube – hier klicken